



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Behörde für Inneres und Sport

Behörde für Inneres und Sport, Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Amt für Innere Verwaltung und Planung

An das  
Amt für Migration

20095 Hamburg  
Telefon 040 - 4 28 39 -  
Telefax 040 - 4 279 39 -

Nachrichtlich:  
Hamburg Service vor Ort

Ausschließlich per E-Mail

Az.:038.23-03

Hamburg, 14. Mai 2025

### Rundschreiben zum ausgelaufenen LAP Syrien

#### Aufenthaltsrecht;

#### **Zum weiteren Vorgehen nach Auslaufen des Hamburger Landesaufnahmeprogramms (LAP) Syrien am 30.11.2024 (Anordnung 2/2024 der Behörde für Inneres und Sport i.V.m. der Anordnung 2/2015)**

Die Landesaufnahmeanordnung (LAO) für syrische Geflüchtete (Anordnung 2/2024 der Behörde für Inneres und Sport i.V.m. der Anordnung 2/2015) wurde über den 30.11.2024 hinaus nicht verlängert und lief somit am 1.12.2024 aus. Damit ist es seit dem 1.12.2024 **nicht mehr möglich, (neue) Anträge** zur Erteilung von Vorabzustimmungen im Visumverfahren für syrische Flüchtlinge nach der LAO für syrische Flüchtlinge zu stellen.

- 1. Bisherige Titelinhaber**, die über das LAP Syrien einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 1 AufenthG erhalten haben, sollen **nach Möglichkeit in andere, nichthumanitäre Titel** (z.B. Aufenthaltstitel zu Ausbildungs- und Erwerbszwecken) wechseln und dahingehend beraten werden: Anträge auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG sind **vorrangig als Zweckwechselanträge** zu bearbeiten. Bei Vorliegen der einschlägigen Voraussetzungen für andere Aufenthaltzwecke (Abschnitt 3, 4 oder 6) oder für eine Niederlassungserlaubnis sind diese Titel zu erteilen.
- 2. Sofern der Wechsel** in einen nichthumanitären Aufenthaltstitel **ausgeschlossen** ist, können die im Rahmen der Landesaufnahmeanordnung für syrische Flüchtlinge **erteilten Aufenthaltserlaubnisse nach § 8 i.V.m. § 23 Abs. 1 AufenthG befristet auf drei Jahre verlängert** werden, sofern die Voraussetzungen noch vorliegen. Aufgrund der volatilen Sicherheitslage in Syrien ist anzunehmen, dass der humanitäre Aufnahmegrund – auch nach Ende des Assad-Regimes – für diesen Personenkreis zumindest in Teilen weiter fortbesteht. Eine belastbare Lagebewertung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden. Die Regelungen der bisherigen LAO für syrische Flüchtlinge sind somit bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis entsprechend anzuwenden. Das gleiche gilt für die erstmalige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG an Personen, die noch im Besitz eines nationalen Visums sind, welches aufgrund einer rechtzeitig vor dem 30.11.2024 beantragten Vorabzustimmung erteilt wurde.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit ist im Falle der Verlängerung als Rechtsgrundlage weiterhin „§ 23 Abs. 1 AufenthG i.V.m. Anordnung 2/2024 der Behörde für Inneres und Sport i.V.m. der Anordnung 2/2015“ anzugeben. Im Falle einer Verlängerung sind die Antragstellenden darüber zu informieren, dass für eine weitere Verlängerung kein Rechtsanspruch besteht, sondern angestrebt werden sollte, einen anderen Aufenthaltstitel zu erlangen.

Neben den Voraussetzungen der bisherigen LAO müssen bei einer Verlängerung in der Regel auch die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG vorliegen. Der Lebensunterhalt der Antragstellenden muss demnach grundsätzlich gesichert sein (§ 5 Abs.1 Nr. 1 AufenthG). Sofern der Lebensunterhalt nicht durch eigenes Einkommen oder das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft gedeckt ist, bedarf es daher im Grundsatz der Abgabe einer Verpflichtungserklärung. Es wird auf die Ausnahmeregelung des § 5 Abs. 3 S. 2 AufenthG verwiesen, welche nur in Ausnahmefällen nach Ermessen ein Absehen von dem Erfordernis einer Lebensunterhaltssicherung (LU-Sicherung) ermöglicht. Hierbei ist ein strenger Maßstab anzulegen. Im Rahmen der Ermessensentscheidung zum Absehen von der LU-Sicherung können folgende Aspekte berücksichtigt werden: Fähigkeiten zur Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes, eigene Bemühungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, Aufenthaltsdauer, Bindungen im Inland und im Herkunftsland und Integrationsleistungen. Diese Aufzählung ist nicht abschließend; andere Aspekte können ebenfalls im Rahmen der Abwägung Berücksichtigung finden. **Zur Schonung fiskalischer Belange beträgt die Gültigkeitsdauer der verlängerten Aufenthaltserlaubnis in den Fällen des § 5 Abs. 3 S. 2 AufenthG lediglich ein Jahr.**

3. Liegen die Voraussetzungen für eine Verlängerung nicht vor, ist zu prüfen, ob der Aufenthalt zu einem **anderen humanitären Zweck** erlaubt werden kann, **ggf.** eine **Duldung** zu erteilen ist oder aber – nach vorheriger Beteiligung des Amtes für Migration – ein Aufenthaltstitel nach **§ 25a AufenthG oder § 25b AufenthG** in Betracht kommt.
4. Bei Ausschluss der vorgenannten Optionen sind die Betroffenen auf die Möglichkeit einer **Asylantragstellung** hinzuweisen.

Die Übernahme der Kosten für Leistungen im Krankheitsfall, bei Behinderung und bei Pflegebedürftigkeit für bereits eingereiste Familienangehörige bleibt auch im Fall der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach §§ 8, 23 Abs. 1 AufenthG nach dem 30.11.2024 bestehen.

Diese Weisung ist ab sofort gültig und auf drei Jahre befristet.

Name

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.